

darfsermittlung zugrunde liegen muß. Wo darauf verzichtet wird, kann nicht von einer wissenschaftlichen Arbeit die Rede sein und im konkreten Fall schon gar nicht davon, den Einfluß des Handels auf die Produktion zu garantieren, wie das zum Beispiel die Handelskonferenz in Leipzig gefordert hat.

Die Parteileitung organisierte auch eine gemeinsame Beratung der Parteigruppen Plankoordinierung und Handel und Versorgung, in der der Stand bei der Versorgung der Bevölkerung mit den tausend kleinen Dingen im Jahre 1960 eingeschätzt wurde. Es ergab sich, daß die gute Initiative, die nach dem 6. Plenum entwickelt wurde, wieder nachgelassen hat. Die Genossen der Parteigruppe Plankoordinierung versuchten sich damit zu entschuldigen, daß sie durch die Vorbereitung und Durchführung der Planungsarbeiten nicht dazu gekommen seien, die Beschlüsse richtig durchzuführen. Die Genossen hatten also ihre Arbeit losgelöst von der politischen Zielsetzung, die mit der geforderten Verbesserung in der Versorgung der Bevölkerung verbunden ist, geleistet. Es zeigte sich weiter, daß den Genossen dieser Parteigruppe auch nicht klar war, daß wir die Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung eben auch auf dem Gebiet der Versorgung beweisen müssen. In der Diskussion vertrat der Parteigruppenorganisator den Standpunkt, daß den Genossen die politische Bedeutung des Beschlusses an und für sich klar sei, nur an der notwendigen Energie im Kampf um seine Durchführung habe es gemangelt. Aber gerade das ist ja der Beweis dafür, daß die volle Bedeutung des ZK-Beschlusses nicht erkannt war.

Einheit von Wort und Tat

Die Äußerung des Parteigruppenorganisations deckte den Widerspruch auf, den es noch häufig in unserer Arbeit gibt, nämlich den, daß Politik, Ideologie und Ökonomie — Wort und Tat — noch nicht immer als eine Einheit betrachtet werden. Die gemeinsame Beratung der Parteigruppen zeigte auch, daß wir den Ressortgeist noch immer nicht überwunden haben. Es hätte sonst nicht geschehen

können, daß der Beschluß über die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit den tausend kleinen Dingen zu einer Ressortangelegenheit besonders der Konsumgüterleitstelle gemacht wurde.

Die Parteileitung würdigte, daß es in der Arbeit der Genossen im Jahre 1960 auch gute Erfolge gegeben hat. Diese reichen jedoch nicht aus, um die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Die Beratungen und Diskussionen mit den Genossen in den Parteigruppen haben bereits sichtlich zu einer Verbesserung ihres Arbeitsstiles und zu einem disziplinierteren Verhalten den Beschlüssen gegenüber geführt. Das Resultat wird sich zeigen, wenn das Programm des Kreises Döbeln für die weitere Arbeit auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung vom Kreistag verabschiedet wird. Die Parteileitung hat aus den Beratungen für sich die Schlußfolgerung gezogen, daß es notwendig ist, sich intensiver in der Grundorganisation mit den politisch-ideologischen Fragen im Zusammenhang mit dem Kampf um die Verwirklichung der Parteibeschlüsse auseinanderzusetzen. Den Genossen muß klarwerden, daß die Durchsetzung von Parteibeschlüssen in der staatlichen Arbeit alle angeht und nicht die Ressortangelegenheit einzelner sein darf. Die Parteileitung wird die politisch-ideologische Erziehung der Genossen dadurch unterstützen, daß künftig regelmäßig mit verantwortlichen Genossen und Mitarbeitern des Apparates Seminare über die politische Bedeutung der Beschlüsse des Zentralkomitees durchgeführt werden. Die Parteileitung wird künftig in den Parteigruppen auch regelmäßig kontrollieren, wie die Durchführung der Parteibeschlüsse in Verbindung mit den Beschlüssen des Kreistages und des Rates im Mittelpunkt der Tätigkeit aller Genossen und parteilosen Mitarbeiter steht.

Heinz Ullrich

Sekretär der Parteioorganisation
beim Rat des Kreises Döbeln